

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 18 (1938-1939)
Heft: 11

Artikel: 1914-1939
Autor: Lehmann, Oskar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-333521>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

in der Kommission für internationale geistige Zusammenarbeit mit den politischen Ansichten de Reynolds verträge, nahm Bundesrat Motta den Angefochtenen mit Vehemenz in Schutz. Es gehe den Bundesrat nichts an, was für politische Überzeugungen de Reynold als Privatmann habe.

Einverstanden! Aber gleiches Recht für alle! Warum geht denn die private politische Überzeugung Professor Bernoullis den schweizerischen Schulrat etwas an? Und warum stellt sich der gleiche Bundesrat hinter den schweizerischen Schulrat, wenn er einen Hochschullehrer seiner privaten Politik wegen maßregelt?

Es ist hier nicht der Ort, uns über Wert oder Unwert der Freiwirtschaftslehre auseinanderzusetzen. Gesagt sei lediglich, daß Professor Bernoulli vom tiefen Wunsch beseelt war, den notleidenden Schichten unseres Volkes zu helfen, Unrecht aus der Welt zu schaffen, den Staat wirtschaftlicher Gerechtigkeit aufzubauen. Er erblickte in der Freiwirtschaft den Weg, der zu seinem Ziele führte und setzte sich für diesen Weg mit ganzer Seele ein. Er befolgte damit nichts anderes, als was Pestalozzi von sich sagt, wenn er schreibt: »Ich werde nie aus Menschenfurcht nicht reden, wenn ich sehe, daß der Vorteil meines Vaterlandes mich reden heißt. Mein ganzes Herz gehört dem Vaterland, ich werde alles wagen, die Not und das Elend in meinem Volke zu mildern. Ich kann nichts verbergen.«

Er mag in seinem Kampf Fehler begangen haben, aber die Fehler würden nicht genügen, ihn zu entlassen. Man will in der Entlassung auch nicht den Gemaßregelten treffen, sondern eine unbequeme Bewegung in ihren Grundfesten erschüttern.

Jeder von uns müßte eigentlich über ein solches Handeln einer schweizerischen Behörde zutiefst erschrecken, weil er sich fragen muß: Wohin führt uns ein solcher Weg?

Was heute an der Freiwirtschaft geschieht, kann zum großen Signal werden. Wir weigern uns heute noch, daran zu glauben, daß es selbst Bundesräte gibt, die wünschen, daß ein solcher Fall zum verhängnisvollen Signal werde, zum Signal an kantonale und Gemeindebehörden, Lehrer, die in ihrer Weltanschauung, in ihrer politischen Überzeugung nicht mit der Masse gehen, zu richten und zu maßregeln.

Deshalb, aus dieser Sorge um die neutrale Staatsschule, die die alleinige Schule unserer Demokratie sein kann, müssen wir gegen die Maßregelung Bernoullis energisch protestieren. Es darf nicht angehen, daß erst kleine und dann immer größere Menschenhaufen über Weltanschauung und Gesinnung des Individuums zu Gericht sitzen und Urteile fällen.

1914—1939

Von O s k a r L e h m a n n.

Die politische Spannung in Europa hat in diesem Sommer den gleichen Grad erreicht wie im Juli 1914. Und die Schlagworte, mit denen man heute von nazistisch-faschistischer Seite die Volksmassen in eine

Kriegsstimmung hineinzupeitschen versucht, sind die gleichen wie im Jahre 1914. Da ist vor allem die Rede vom »Lebensraum«, der von den Habenichtsen unter den Nationen erobert werden müsse, um existieren zu können, und von der »Einkreisung«, durch die man die aufstrebenden mitteleuropäischen Nationen bedrohe. Wer die Zeit vor 25 und 30 Jahren politisch miterlebt hat, wird von einer Flut von Erinnerungen überfallen. Schon damals predigten Wilhelm II., der Flottenverein und die Alldeutschen, daß das allzu eingeengte Deutschland sich seinen Lebensraum erkämpfen müsse. »Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser« verkündete der allerhöchste Kriegsherr. Und schon er gab die Losung aus, daß alle Deutschen der Welt »an das Reich angegliedert« werden müßten. Dabei ist zu beachten, daß damals Deutschland doch bereits ein koloniales Gebiet in Afrika, Asien und Ozeanien besaß, das fünfmal so groß war wie das deutsche Reichsgebiet und immerhin 14 Millionen Einwohner zählte. Aber obwohl damals in diesen deutschen Kolonien nur 20 000 Weiße lebten, davon reichlich die Hälfte Schutztruppen und Polizei, betrachtete man diese »Schutzgebiete« doch nur als den ersten Bissen. Schon damals entwarf man imperiale Welteroberungspläne, die Deutschland nicht nur zur Vormacht in Europa, sondern auch zum Herrn über die Meere und die Kontinente machen sollten. Und weil man dazu nicht nur die stärkste Landmacht, die man besaß, gebrauchte, sondern auch die stärkste Seemacht, jagte seit 1897 eine deutsche Flottenvorlage die andere. Vergebens suchte England, das sich durch dies tolle Seerüsten Deutschlands bedroht fühlte, durch die Haager Konferenzen und andere Versuche zu einer Rüstungsverständigung mit Deutschland zu kommen. Aber sowohl Wilhelm II. wie auch Bülow und Bethmann-Hollweg lehnten jede vertragliche Rüstungsbegrenzung ab. Nicht nur die deutschen Generale und Admirale, sondern auch die deutsche Großbourgeoisie trauten sich die Kraft zu, eine neue Weltverteilung erzwingen zu können. Selbst die Freisinnigen und das Zentrum, die eine Zeitlang gegen die Kolonial-, Flotten- und Weltmachtspolitik opponiert hatten, verfielen dem Großmachttaumel, so daß die Sozialdemokratie als einzige Gewissensmahnerin und -warnerin übrigblieb.

Daß das nazistische Deutschland heute vollends dem Rausche der Weltmachtpolitik verfallen ist, ist allbekannt. Daß nach der Unterwerfung Österreichs und der Tschechoslowakei nun auch alle Oststaaten — von den baltischen Staaten bis zum Schwarzen Meer — zu »Protektoraten« und Vasallenstaaten Deutschlands gemacht werden sollen, beweisen nicht nur die Aufsätze der geopolitischen und militärwissenschaftlichen Presse Deutschlands, sondern auch alle politischen und militärischen Aktionen der letzten Zeit. Und der Machtwille und Expansionsdrang der nazistischen Beherrscher Deutschlands und ihres enormen militaristischen Apparates ist um so entschlossener und verwegener, als er ja in der gleichgearteten Staats- und Geistesverfassung der Achsenmächte die stärksten und verlässlichsten Verbündeten gefunden zu haben glaubt. Die geradezu zynische Offenheit, mit der in Rom und Berlin alle kriegerischen Aktionen der Achsenmächte in Spanien und alle »Heldentaten« im Luft- und U-Boot-Krieg gegen wehr-

lose Städte und Transportschiffe enthüllt und verherrlicht worden sind, beweist, wie wenig Zurückhaltung man sich noch den Westmächten gegenüber auferlegen zu müssen glaubt. Man fühlt sich diesen »degenerierten« Demokratien himmelhoch überlegen, glaubt nicht, daß sie sich schließlich doch noch zum unerbittlichen, solidarischen Widerstand aufraffen werden. Auch das entspricht der Psychose vor und während des Weltkrieges. Traute Wilhelm II. 1914 den Engländern zu, daß sie Frankreich wirklich zu Hilfe kommen würden? Glaubten er und die ganze Offizierskaste nicht, spätestens zu Weihnachten Paris erobert zu haben? Und höhnten nicht preußische Minister noch im Januar 1918 darüber, daß die Amerikaner über den Atlantik weder fliegen noch — der deutschen U-Boote wegen — schwimmen könnten, daß also ihre Kriegsvintervention zugunsten der Entente nichts als lächerlichste Renommée sei. Da heute in den faschistischen Achsenstaaten ein womöglich noch ärgerer Geist der Selbstüberschätzung und maßloser Verachtung der gegnerischen Kräfte herrscht als vor einem Vierteljahrhundert, ist die Kriegsgefahr schwerlich geringer als im Sommer 1914.

★

Soll trotzdem der Krieg noch verhütet, das Draufgängertum des Faschismus noch in Schranken gehalten werden, so darf auf der Seite der Abwehrmächte kein Fehler mehr begangen werden. Als schlimme Fehler sind mit Recht in allen Blättern der deutschen Emigration die letzten Reden Chamberlains erklärt worden, die wieder allerlei Zugeständnisse auf kolonialem und sonstigem Gebiete versprochen. Statt drastisch nachzuweisen, daß die Achsenmächte durch ihre uferlosen Rüstungen, ihre autarkischen Experimente und ihre unaufhörliche Kriegstreiberei all ihre Schwierigkeiten und alle Gegenmaßnahmen der bedrohten Mächte selbst verschuldet haben. Wenn die deutsche Herrschaft von 1914 sich trotz den gerade für Deutschland glänzenden Ergebnissen des weltwirtschaftlichen Warenaustausches, trotz dem ihr in Aussicht gestellten Erwerb neuer Kolonien sich vom Wettrüsten, der provozierenden Prestigepolitik und dem kriegerischen Losschlagen nicht abhalten ließ, so wird man Deutschlands heutigen Machthabern vollends keinerlei Zurückhaltung zutrauen dürfen.

Das einzige, was auf Deutschland und Italien Eindruck machen und neue Aggressionen verhüten kann, ist der nicht hinwegzudeutelnde Beweis stärkster militärischer Kraft und der absoluten Entschlossenheit, sich im Falle neuer faschistischer Provokationen ihrer zu bedienen. Leider kann der Beweis der militärischen Überlegenheit der Westmächte heute nicht mehr so leicht geliefert werden, wie das noch vor ein paar Jahren möglich gewesen wäre. Deutschland und Italien haben seitdem so riesige Summen, so gewaltige Wirtschaftskräfte und ein so riesiges Menschenmaterial der Aufrüstung dienstbar gemacht, daß an ihrer militärischen Leistungsfähigkeit kein Zweifel möglich ist. Beide Staaten allein verfügen über 125 Millionen Menschen, denen Frankreich und England nur 85 Millionen gegenüberzustellen haben. Und bei dem militärischen Ausbildungsgrad der faschistischen Staaten und der noch immer so großen Rückständigkeit der englischen Landstreitkräfte be-

steht daher eine nicht zu leugnende Überlegenheit Deutschlands und Italiens für den Landkrieg, die für die erste Zeit durch keinerlei maritime Überlegenheit Englands und Frankreichs ausgeglichen werden kann. An diesem tragischen Tatbestand kann auch durch die rapide Verbesserung der englisch-französischen Luftwehr nichts geändert werden, zumal die Achsenmächte gleichfalls über ein sehr starkes Luftpotential verfügen.

Die gefährliche Lage der Westmächte kann deshalb nur durch die Gewinnung von zuverlässigen und militärisch starken Bundesgenossen verbessert werden. Polen, die Türkei und Rumänien aber genügen dazu nicht. Um Deutschlands Streitkräfte durch einen Zweifrontenkrieg mindestens zur Hälfte im Osten zu fesseln, müßte auch Rußland in die Abwehrfront eingereicht werden. Nur dann bestände alle Aussicht, daß Frankreich jedem Angriff trotzen und England die Zeit gewinnen würde, auch seine Landstreitkräfte voll ausbilden und auf dem Kontinent (eventuell auch in Afrika und Asien) einsetzen zu können. Zusammen mit Polen und Rußland aber könnten dann so gewaltige Kampfkräfte an Menschen und Kriegsmaterial den faschistischen Angreifern entgegengestellt werden, daß der Kriegsausgang kein anderer wäre als im Jahre 1918.

Ganz verfehlt wäre es von den Westmächten, für die erste Kriegsperiode bereits mit besonderen Vorteilen rechnen zu wollen, wie finanziellen, Ernährungs- und Kriegsrohstoff-Schwierigkeiten Deutschlands und Italiens. Ebenso wenig werden ernstliche innere Schwierigkeiten dieser Staaten zu erwarten sein, bevor die Kriegslage selbst für sie bedenklich geworden ist. Selbst das zaristische Rußland brach erst nach 2½jährigem Krieg zusammen, obwohl es bereits nach dem Russisch-Japanischen Kriege seine erste Revolution erlebt hatte. Jede Hoffnung auf Kriegsverhütung nicht nur, sondern auch auf möglichste Abkürzung des Krieges kann deshalb nur auf maximale militärische Überlegenheit der Abwehrmächte gegründet sein. Der Abschluß eines lückenlosen und absolut bindenden Paktes mit Rußland ist also das dringlichste und unentbehrlichste Erfordernis. Und dieser Pakt wird nur dann rechtzeitig zustande kommen, wenn sich England und Frankreich endlich in die Lage Rußlands hineinzusetzen vermögen. Das aber sollte ihnen wahrhaftig nicht allzu schwer fallen. Müssen sie doch wissen, daß Rußland als Kriegsverbündeter in jedem Fall schwere Opfer auf sich nehmen muß. Führt der Nazismus den ersten Schlag gegen den Osten, so wird die Hauptlast auf die russischen Armeen fallen. Werfen sich aber die Achsenstaaten zunächst auf die Westmächte, so kann die Entlastungsoffensive Polens und Rußlands gar nicht stark genug sein. Es geht um Sein oder Nichtsein Englands und Frankreichs, aber nicht minder um die Existenz Rußlands. Jeder Staat muß unbedingt auf die absolute Treue seines Verbündeten rechnen können. Die Weststaaten und Polen müssen darum genau so für die Unverletzlichkeit Finnlands und der baltischen Staaten garantieren wie Rußland für die Sicherheit Frankreichs, Englands oder Belgiens. Auch die Gemeinsamkeit des Friedensschlusses sollte eine Selbstverständlichkeit für alle Verbündeten sein.

Hätten die bedrohten Staaten Europas eine richtige Vorstellung von der Größe der Kriegsgefahr und der Furchtbarkeit dieses neuen Weltkrieges, so würden sie sich nicht mit dem defensiven Viererpakt England–Frankreich–Polen–Rußland begnügen, sondern sie würden auch keine Anstrengung scheuen, sich sofort die Hilfe der Vereinigten Staaten zu sichern. Denn ein solcher Fünferpakt, der auch die USA einschliesse, würde nicht nur wegen der durch ihn gewährleisteten Sicherheit der Niederlage der Achsenmächte alle faschistische Unternehmungslust wohlütig dämpfen, sondern wahrscheinlich auch den ostasiatischen Schlächtereien ein zeitigeres Ende machen. Mag der fernöstliche Achsenbruder Japan sich noch so großtuerisch aufspielen und sich jetzt sogar gegenüber England und Frankreich soviel herausnehmen: das Bewußtsein, es mit einer so überlegenen Koalition von Gegnern zu tun zu bekommen, würde doch wohl seinen Größenwahn zügeln. Auch das offene Kriegsbündnis mit Deutschland und Italien könnte ihm wenig nützen. Das Zusammenstehen der fünf Defensivmächte, zu denen ja dann auch noch automatisch China käme, würde genügen, um Japan nicht nur alle Kriegsrohstoffe einschließlich des Öls und Benzins zu sperren, sondern auch seine Handelsschifffahrt zum größten Teil lahmzulegen. Deutschland und Italien könnten das nicht verhüten; mit Mexiko und den südamerikanischen Staaten aber könnten Nordamerika, England usw. sicherlich ein entsprechendes Abkommen treffen. Suchte sich Japan durch den Seekrieg an den verbündeten Mächten zu rächen, speziell auch durch einen Handels- und Blockadekrieg, so könnten Rußland und die Vereinigten Staaten es ihrerseits durch den Krieg zu Land, durch den Luftkrieg und den Seekrieg niederringen.

Dieses Vorgehen gegen Japan, das doch längst den offenen Raub- und Verdrängungskrieg gegen China und die europäischen Mächte begonnen hat, brauchte die Kampfkraft der europäischen Abwehrfront keineswegs zu schwächen. Rußland hat sich ja hinlänglich darauf vorbereitet, den Krieg gegen Japan durch seine asiatische Bevölkerung und Truppenmacht zu führen, während seine europäischen Volks-, Wirtschafts- und Kampfkräfte völlig ausreichen, Millionen und aber Millionen der bestausgerüsteten Truppen den faschistischen Angreifern entgegenzustellen. Zudem würde China, sobald es gegen die Marterung durch seine japanischen Bedränger endlich die längst verdiente Unterstützung fände, weit stärkere Abwehrkräfte entwickeln und Japan durch Einkreisung und drohende Vernichtung seiner Invasionstruppen wahrscheinlich zu baldigem Frieden zwingen helfen. Der europäische Faschismus hätte dann einen weltpolitischen Haupttrumpf verloren und sähe sich infolgedessen um so eher zur Kapitulation gezwungen.

Warum hält es so unendlich schwer, bis sich auch die demokratischen Staaten einmal zu planvollem Handeln und großzügiger Initiative aufraffen, obwohl die nazistisch-faschistischen Staaten durch die ausgeklügeltsten, kombiniertesten Welteroberungsprojekte die ganze Welt ins Verderben zu stürzen drohen? Gewiß, eine Handvoll Alleinherrscher kann rascher internationale Verabredungen treffen als konstitutionell und parlamentarisch regierte Länder. Aber Demokratien brauchten trotz

den Rüstungsgewinnlern und großkapitalistischen Kriegsverdienern, trotz der reaktionären Klügelwirtschaft profaschistischer Elemente doch nicht ein solches Bild der außenpolitischen Sterilität und Hilflosigkeit zu bieten, wenn die Linksparteien und der anständige Teil der Intelligenz ihre Pflicht erfüllten. Wenn sie rascher und klarer dächten, die Volksmassen rechtzeitig aufrüttelten, so ließe sich die Politik der Demokratie auch viel mehr den Geboten der Gerechtigkeit und der Vernunft anpassen. Jeder normale Amerikaner muß begreifen, daß ein Japan, das China unterjochen und zum Werkzeug seiner rassistischen Welteroberungspläne machen will, der gefährlichste Feind der Vereinigten Staaten wird. Und wenn dabei Japan die Anfeuerung und Hilfe des europäischen Faschismus genießt, so ist dadurch auch dessen Charakter enthüllt und die weltpolitische Stellungnahme der Vereinigten Staaten zu ihm gegeben. Alle bedrohten Staaten Europas und der Welt, für die Freiheit und Kultur noch etwas bedeuten, müssen darum vereint zusammenstehen, um die Menschheit gegen den aller Sittlichkeit und allem gesellschaftlichen Fortschritt hohnsprechenden Eroberungs- und Gewaltpolitik zu verteidigen.

England und sein Commonwealth, Frankreich, Polen, Rußland, Amerika, China zusammen sind weitaus die Mehrheit der Bevölkerung unseres Planeten. Ihr überwältigendes Kriegspotential wird noch enorm gesteigert durch ihre unbegrenzte Produktionskraft. Jede noch so kriegerische Gegenkoalition wäre ihr gegenüber ohnmächtig und verloren. Das wüßte auch der Weltfaschismus, und er würde demgemäß auf jede Herausforderung verzichten. Nur müßte er erst diese übermächtige Friedens- und Abwehrkoalition erleben, um an sie zu glauben und sie zu respektieren. Man mache sie also zur Tatsache. Zunächst durch den schleunigsten Abschluß des Gegenseitigkeitspaktes mit Sowjetrußland. Die Verständigung mit den Vereinigten Staaten müßte unverzüglich folgen. Das Leben vieler Millionen hängt von raschem Handeln ab.

Jean Jaurès

Zur 25. Wiederkehr seines Todestages.

Von D e s i d e r H o r t.

»... Flößt den Arbeitern Vertrauen in die Kraft des gesetzlichen Fortschrittes ein, daß sie am Leben der Familie wie auch an der Natur — diesen beiden Stützen der inneren Heiterkeit und des seelischen Gleichgewichts — Anteil nehmen können. Möge es künftighin nicht ein einziges Wesen geben, das sich übersehen und verloren fühlt. Möge es im vielgestaltigen Leben der Gesellschaft nicht einen elenden und dunklen Winkel geben, in den nicht ein Strahl der großen gegenseitigen Hilfe, ein Strahl der neuen Hoffnung dringt...« Marxens unpersonliche Logik, die nur darüber berichtet, was in der »geistigen Natur«; in der Gesellschaft tatsächlich ist oder vor sich geht — das über Menschen erhabene Gesetz sozialen Werdens wird da wieder zu einer hinreißenden Utopie der Hoffnung, die Menschengestalt und Menschenwille bauen.